



Bericht aus Berlin

7 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 7 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Neuausrichtung der Bundeswehr

Mitte Mai 2011 hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière die Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr sowie die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vorgestellt. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung der Bundeswehr getan worden.

Deutsche Sicherheitspolitik ist den Werten und Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und des Völkerrechts verpflichtet. Als gestaltendes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft nimmt Deutschland seine Interessen wahr und setzt sich aktiv für eine bessere und sicherere Welt ein. Deutschland will als verlässlicher Partner in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.

Ziel der aktuellen Reform ist es deshalb, die Bundeswehr als wichtiges Instrument deutscher Sicherheitspolitik, besser auf die neuen, internationalen Herausforderungen einzustellen und somit den Herausforderungen an unsere Sicherheit besser zu entsprechen. Abläufe und Organisation sollen schlanker werden. Die Aufgaben der Bundeswehr bleiben hierzu weitgehend unverändert, werden aber künftig anders gewichtet. Konkret heißt das: Konfliktverhütung und Krisenbewältigung werden weiterhin wesentlich sein, der deutsche Beitrag zur Verteidigung in der NATO sowie der Schutz der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands werden jedoch stärker betont.

Der zukünftige Bundeswehrumfang wird aus bis zu 185 000 Soldatinnen und Soldaten 55 000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Die Streitkräfte setzen sich aus 170 000 Berufs- und Zeitsoldatinnen und –soldaten (einschließlich Reservistinnen und Reservisten) und aus einer Anzahl von 5 000 bis 15 000 Freiwillig Wehrdienstleistenden zusammen. Es werden rund 10 000 Soldatinnen und Soldaten gleichzeitig durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein. Einen wichtigen Eckpfeiler der künftigen Freiwilligenarmee bilden die Reservistinnen und Reservisten.

Weitere Informationen: www.bundeswehr.de

Europäischer Stabilitätsmechanismus

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in der vergangenen Woche den Stand der Regierungsverhandlungen zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus dargelegt. Der noch nicht fertig gestellte Vertragsentwurf stellt klar, dass die deutsche Haftungshöchstgrenze von 190 Milliarden Euro nicht gegen den Willen Deutschlands ausgeweitet werden kann, weil Änderungen am Grundkapital und am Darlehensvolumen nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen dürfen. Gleiches gilt für zentrale Entscheidungen wie die Billigung von Hilfsanträgen, die Konditionalität oder die Wahl der Instrumente. Nach Abschluss der Regierungsverhandlungen werden wir in nationalen Umsetzungsgesetzen festlegen, in welcher Form der Deutsche Bundestag an den einzelnen ESM-Entscheidungen beteiligt wird.

Weitere Informationen: www.cducsud.de

Wussten Sie schon, ...?

... dass die schnellsten Schreiber im Parlament sitzen?

Jede Plenarsitzung wird von den Parlamentsstenographen dokumentiert. Die Stenographen können im Schnitt 400 Silben pro Minute zu Papier bringen – so schnell redet eigentlich kein Mensch. Bereits 24 Stunden nach Ende einer Sitzung können alle Beiträge im Stenographischen Bericht – gedruckt oder online – nachgelesen werden, dank der Stenographen mit exakten Angaben zur Stärke des Beifalls (lange, anhaltend, vereinzelt) und allen Zwischenrufen rechts wie links.

Nachrichten

Peter Götz leitet Weltkonferenz in Zadar / Kroatien



Als Weltpräsident der internationalen Parlamentarierversammlung „Global Parliamentarians on Habitat (GPH)“ hatte der mittelbadische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz, MdB, zur 7. Weltkonferenz nach Zadar/Kroatien eingeladen. Nach Weltkonferenzen in Istanbul, Cancun, Manila, Berlin, Rabat und Rio de Janeiro führte die GPH ihr 7. Weltforum vom 18. bis 20. Mai 2011 in Zadar durch.

v.l.n.r.: Jerko Rošin, Member of the Croatian Parliament, Peter Götz, MdB, Prof. Dr. Ante Uglešić, Rector University of Zadar

Die Globale Parlamentariergruppe für Habitat ist eine internationale Parlamentarierorganisation, die eng mit den Vereinten Nationen (UN-HABITAT) zusammenarbeitet. Ihre Mitglieder engagieren sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung und für eine Verbesserung der Wohnungs- und Lebensbedingungen der Menschen.

Parlamentarier aus aller Welt, die sich mit den Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung, Klimawandel, Umwelt, Wohnraumversorgung und kommunaler Selbstverwaltung auseinandersetzen, waren nach Zadar gekommen, um Lösungsansätze zu erarbeiten. In Arbeitsgruppen haben sich die Abgeordneten, zusammen mit Experten, mit den Themen „Climate Change and Coastal Cities“ und „Legislators as Drivers of Change“ auseinandergesetzt. Die Beratungsergebnisse wurden in einer „Erklärung von Zadar“ festgehalten und werden in die nationalen Parlamente zur politischen Umsetzung hineingetragen. Außerdem tagten in Zadar die Regionalräte der Globalen Parlamentariergruppe für Habitat für Afrika, Asien, Amerika und Europa in Zadar und wählten ihre Führung. Peter Götz: „Gerne möchte ich mich bei dem kroatischen Parlament und der Stadt Zadar für ihre außergewöhnliche Gastfreundschaft bedanken. Wir freuen uns, dass wir unser 7. Weltforum in einem Teil der Welt durchführen konnten, welches so reich an Kultur, Geschichte und natürlicher Schönheit ist.“

Götz: Weichenstellung für Kinderfreundlichkeit

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz, MdB, teilt mit, dass der Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einstimmig zugestimmt hat. „Mit diesen gesetzlichen Änderungen haben wir sichergestellt, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kindertagesstätten, Kinderspielflächen und ähnlichen Einrichtungen hervorgerufen werden, keine „schädlichen Umwelteinwirkungen“ sind. die Privilegierung von „Kinderlärm“ setzt ein klares Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft,“ so Götz.

Anlass dieser Gesetzesänderung war, dass in der Vergangenheit wiederholt gegen Kinderlärm geklagt wurde. Die Privilegierung führt dazu, dass gegen diese Einrichtungen seltener vorgegangen wird. Das unterstützt Städte und Gemeinden auch bei dem von der Bundesregierung geförderten Ausbau der Kinderbetreuung.

In Kürze...

Rede zur Altschuldenhilfe im Plenum: Am 26. Mai 2011 sprach Peter Götz, MdB, zum Thema Altschuldenhilfe im Plenum des Deutschen Bundestages. Die Rede kann im Wortlaut auf der Homepage von Peter Götz unter: www.goetzpeter.de nachgelesen oder als Video angeschaut werden.

Parlamentarisches Patenschaftsprogramm 2012/2013: Ab sofort können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für einen USA-Aufenthalt im Rahmen des PPP-Programms bewerben. Den Bewerbungsflyer mit den detaillierten Informationen zur Bewerbung können im Berliner Bundestagsbüro von Peter Götz MdB angefordert werden: Telefon: 030/227-74928, Fax: 030/227-76862 oder unter: peter.goetz@bundestag.de.

Einige interessante Daten und Fakten...

Deutsche hegen keinen grundsätzlichen Fortschrittspessimismus

Folgt man einer neuen Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach, dann gibt es in der deutschen Bevölkerung zwar ein erhebliches Maß an Unverständnis und Ängsten gegenüber Wissenschaft und Technik. Doch scheint diese Haltung auf dem Rückzug.

1967 sagten 56% der Befragten „Ich glaube an den Fortschritt“, nur 26% widersprachen. 1972 betrug das Verhältnis sogar 60 zu 19%, bevor es sich zu Beginn der 1980er Jahre deutlich veränderte. 1983 sagten nur noch 31%, sie glaubten, dass die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegengehe, 41% glaubten nicht daran. Seither aber steigt – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – der Anteil derer wieder an, die auf den Fortschritt vertrauen. In Westdeutschland sind es heute 42%, während 33% eine skeptische Haltung einnehmen. Trotz hoher gesellschaftlicher Anerkennung von Wissenschaft und Technik, räumen die Deutschen anderen

gesellschaftlichen Zielen im Zweifel Vorrang ein. Auf die Frage „Wenn es nach Ihnen ginge, wofür sollte man eher Geld ausgeben, für den wissenschaftlichen Fortschritt oder für die Verbesserung der sozialen Sicherheit in Deutschland?“ antworten nur 30% der Deutschen, dass es im Zweifel besser den wissenschaftlichen Fortschritt zu fördern gelte. Eine deutliche Mehrheit von 56% ist für die Verbesserung der sozialen Sicherheit, wobei die junge Generation der unter 30jährigen etwas anders urteilt als die ältere. Ferner sprechen sich 80% der Deutschen für einen Stopp der Forschung auf dem Gebiet des Klonens, 71% für einen Stopp auf dem Gebiet der militärischen Forschung, 49% für einen Stopp auf dem Gebiet der Gentechnik in der Landwirtschaft und ebenso viele Deutschen für einen Stopp der Forschung an Embryonen aus.

(Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach in FAZ vom 18. Mai 2011)

Deutsche Wirtschaft wächst und wächst

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 2011 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 1,5% gegenüber dem Schlussquartal des vergangenen Jahres gestiegen. Damit wurde rund zwei Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 bereits wieder überschritten.

Laut Statistischem Bundesamt stieg das preisbereinigte BIP im ersten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Quartal 2010 um 5,2% an (kalenderbereinigt um 4,9%).

Das ist das höchste Wachstum seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich vor allem von der Binnenwirtschaft: Sowohl die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten als auch die Konsumausgaben konnten zum Teil deutlich zulegen. Die Wirtschaftsleistung wurde im ersten Quartal 2011 von 40,4 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 552.000 Personen bzw. 1,4% mehr als noch im Jahr zuvor.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)